Sitzung des Verbandsgemeinderates Maifeld

Am Donnerstag, 16.03.2023, findet um 18:30 Uhr, **im** Ratssaal des Rathauses in Polch eine Sitzung des Verbandsgemeinderates Maifeld mit folgender Tagesordnung statt:

Über die Homepage der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld (www.maifeld.de) gelangen Sie über "Rathaus & Bürgerservice > Ratsinformationssystem > Bürgerinfoportal" zum Bürgerinfoportal, in dem Ihnen eine öffentliche Einladung ohne Anlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung steht. Sie wird bei Bedarf bis zum Sitzungstag aktualisiert.

Öffentlicher Teil:

- 1) Einwohnerfragestunde
- 2) Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Kita im Grundschulgebäude Mertloch
- 3) Notenergieversorgung der Sporthallen im Maifeld und in Teilen des Verwaltungsgebäudes als Anlaufstelle in Ausnahmesituationen
- 4) Sachstandsmitteilung der Projekte des Klimaschutzmanagements der Verbandsgemeinde Maifeld
- 5) Sachstandsmitteilung der Umgestaltung / Erweiterung des Bürgerbüros
- 6) Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Verbandsgemeinde Maifeld
- 7) Einführung eines kommunalen Energiemanagements
- 8) Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungspläne
- 9) Rekommunalisierung Forstbetrieb
- 10) Ausschreibung der Beihilfeablöseversicherung / Beihilfesachbearbeitung
- 11) Auftragserteilung Druck- und Kopiersysteme
- 12) Abschluss eines Caterer-Vertrages für die Kita Lonngig
- 13) Anmietung von Räumen der ehemaligen Kreissparkasse Rüber
- 14) Neufassung der Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel für die Abwasserbeseitigung der Kaspersmühle und dem Engelshof
- 15) Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die Stromnetzgesellschaft Maifeld
- 16) Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen der Verbandsgemeinde Maifeld
- 17) Ergänzungswahlen für den Seniorenbeirat der Verbandsgemeinde Maifeld
- 18) Offenlage der Nebentätigkeiten des hauptamtlichen Bürgermeisters

19) Mitteilungen und Beantwortung von evtl. schriftlichen Anfragen

Im Anschluss an den öffentlichen Teil findet ein nicht öffentlicher Teil statt, in dem [über Personalangelegenheiten](#) beraten wird.

Polch, 9. März 2023
Verbandsgemeinde Maifeld

MAXIMILIAN MUMM
Bürgermeister

Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Sitzung des Verbandsgemeinderates Maifeld am 16.03.2023 [im](#) Ratssaal des Rathauses in Polch findet unter Tagesordnungspunkt 1) eine Einwohnerfragestunde statt.

Die Einwohnerfragestunde soll allen Einwohnern des Gemeindegebietes die Gelegenheit geben, Fragen aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung zu stellen, sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. Fragen sollen [dem](#) Bürgermeister nach Möglichkeit drei Tage vor der Sitzung schriftlich zugeleitet werden.

Fragen, Anregungen und Vorschläge sollen kurzgefasst sein und einschließlich ihrer Begründung die Dauer von drei Minuten nicht überschreiten.

Eine Beschlussfassung für die Beantwortung der Fragen oder über die inhaltliche Behandlung vorgetragener Anregungen und Vorschläge findet im Rahmen der Einwohnerfragestunde nicht statt.

Ich würde mich über eine zahlreiche Beteiligung der Einwohner freuen.

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 1 Einwohnerfragestunde (Maifeld/410/2023)

öffentlicher Teil

Den Einwohnern wurde die Gelegenheit gegeben, über Angelegenheiten des örtlichen Bereiches Fragen zu stellen.

TOP-Nr.: 2 Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Kita im Grundschulgebäude Mertloch (Maifeld/437/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Die Gemeinden Gering, Kollig und Einig sowie Lonngig haben der Verbandsgemeinde Maifeld zum 01. Januar 2023 gem. § 67 Abs. 5 Gemeindeordnung (GemO) die Aufgabe Kindertagesbetreuung übertragen. Die Kinder der Gemeinden Gering, Kollig und Einig besuchen grundsätzlich die Kindertagesstätte Bärenhöhle in Kollig, deren Betriebsträgerschaft seit 01. Januar 2023 von der Verbandsgemeinde Maifeld übernommen wurde. Die Kita hat insgesamt 50 Plätze, die bis zum Sommer 2023 alle belegt sein werden. Außer den Kindern, die von nun an bis Sommer 2023 noch aufgenommen werden, stehen weitere Kinder auf der Warteliste für die es keinen Platz gibt. In anderen Kindertagesstätten gibt es ebenfalls keine freien Kapazitäten, so dass auch keine Ausweichmöglichkeit besteht.

Auch in den kommenden Jahren zeichnet sich keine Entspannung der Situation ab, da in allen drei Orten des ehemaligen Zweckverbandes Kindertagesstätte Gering-Kollig-Einig weitere Neubaugebiete erschlossen werden. Aus diesem Grund ist eine Erhöhung der Platzkapazität dringend erforderlich. Eine Erweiterung der Kindertagesstätte Bärenhöhle ist aufgrund der Architektur und des Grundstückszuschnittes nicht möglich. Aus diesem Grund hat die Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld Überlegungen angestellt, an welcher anderen Stelle der zusätzliche Bedarf nach Kita-Plätzen gedeckt werden könnte.

Als mögliche Lösung kommt die Errichtung einer Kita in den Räumen der Grundschule Mertloch in Betracht. Ähnlich wie im Jahr 2015 schon im Gebäude der Grundschule Ochtendung realisiert, könnten nicht für den Schulbetrieb genutzte Räumlichkeiten der Grundschule Mertloch für die Schaffung einer neuen Kita genutzt werden. Die Grundschule Mertloch war früher ein Grund- und Hauptschulstandort. Nach Auflösung der Hauptschule wird die Schule nur noch als Grundschule genutzt. Die Schulleitung wurde über ein mögliches Szenario bereits informiert, sie steht der Idee positiv gegenüber.

In eine neue Kita in der Grundschule Mertloch könnten außerdem weitere Kinder aus der Verbandsgemeinde Maifeld aufgenommen werden, für die in ihrer Heimatgemeinde kein Platz zur Verfügung steht. Eine zentrale Kita der Verbandsgemeinde in Mertloch könnte somit an vielen Standorten Entlastung schaffen.

Das Kreisjugendamt als Bedarfsplanungsbehörde für Kindertagesstätten ist über diese mögliche Entwicklung ebenfalls schon informiert und hat die Bereitschaft signalisiert, eine neue Kita in den Kindertagesstätten-Bedarfsplan aufzunehmen. Als Größenordnung für die neu zu schaffenden Plätze wurden zunächst grob 50 - 60 Plätze ins Auge gefasst. Dies würde einen Nestbereich für 10 - 15 Kinder und einen Ü3-Bereich für 40 - 45 Kinder beinhalten. Um einen Überblick über das Potential der vorhandenen Räume in der Schule zu erhalten, hat die Verbandsgemeindeverwaltung eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Mit der Erstellung der Machbarkeitsstudie wurde das Architekturbüro Plannorm, Koblenz, beauftragt.

Ein grober Kostenansatz sowie Planunterlagen sind als Anlage beigefügt. Die Machbarkeitsstudie wird durch Herrn Architekt Dipl.-Ing. (FH) Björn Merzbach in der Sitzung vorgestellt.

Zur Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses und des Bau- und Umweltausschusses der Verbandsgemeinde Maifeld vom 13.02.2023 ist anzumerken, dass im Bereich der Verbandsgemeinde Maifeld insgesamt 18 Kindertagesstätten betrieben werden. Davon befinden sich drei Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Für zwei Kindertagesstätten liegt die Betriebsträgerschaft bereits heute bei der Verbandsgemeinde Maifeld. Die restlichen Kindertagesstätten werden durch die jeweilige Ortsgemeinde/Stadt oder durch einen Zweckverband betrieben.

Derzeit ist abzusehen, dass zum 01.01.2024 möglicherweise die Betriebsträgerschaft von fünf weiteren Kindertagesstätten durch die Verbandsgemeinde Maifeld übernommen werden kann. Anzumerken ist aber, dass hier die Beschlüsse der jeweiligen Gremien noch nicht gefasst wurden.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gremium beschließt die Anhörung von Herrn Architekt Dipl.-Ing. (FH) Björn Merzbach, Koblenz, als Sachverständigen im Sinne des § 35 Gemeindeordnung (GemO).

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/43 7/2023/1									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Beschlussvorschlag 2:

Das Gremium nimmt die vorgelegte Planung zur Errichtung einer Kindertagesstätte am Standort der Grundschule „St. Martin“ zur Kenntnis.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/43 7/2023/1									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 3 Notenergieversorgung der Sporthallen im Maifeld und in Teilen des Verwaltungsgebäudes als Anlaufstelle in Ausnahmesituationen (Maifeld/434/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Ende vergangenen Jahres wurde das Planungsbüro Witec, aus Ochtendung, mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie beauftragt, ob und wie die o. g. Gebäude umgerüstet werden können, sodass diese in einer Notsituation als Zuflucht für die Bürger zur Verfügung gestellt werden können.

Schätzkosten für die Umrüstung der Liegenschaften:

Wernerseckhalle Ochtendung:	15.700,00 EUR
Rathaus der Verbandsgemeindeverwaltung:	20.900,00 EUR
Sporthalle Münstermaifeld:	39.300,00 EUR
Maifeldhalle Polch:	bereits ausgestattet
Gesamt:	75.900,00 EUR

Schätzkosten zur Versorgung der Liegenschaften:

Versorgungseinheit 1 – Aggregat:	85.000,00 EUR
Versorgungseinheit 2 – Kraftstofftanks:	15.000,00 EUR
(jährliche Unterhaltungskosten)	3.000,00 EUR)

Hinweis der Verwaltung:

Wie in der Machbarkeitsstudie beschrieben, ist ein zeitgleicher und flächendeckender Stromausfall (Blackout) äußerst unwahrscheinlich und ist bis heute noch nie vorgefallen. Das größte vergleichbare Ereignis war ein Stromausfall in Südamerika in 2019 für die Dauer von ca. 15 Stunden. Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Stabilität des Stromnetzes in Südamerika nicht mit dem europäischen / deutschen Stromnetz vergleichbar ist.

Folglich empfiehlt die Verwaltung nur Gerätschaften im angemessenen Umfang vorzuhalten, der sich am Katastrophenschutz der Kreisverwaltung orientiert. Selbst beim Krieg in der Ukraine, mit gezielten Angriffen auf die Infrastruktur, ist kein flächendeckender Ausfall eingetreten. Dort gab es lediglich regionale und zeitlich begrenzte Ausfälle (Brownouts).

Es ist davon auszugehen, dass Bürger eine Sammelstelle in der kalten Jahreszeit aufsuchen würden, wenn der Stromausfall länger als sechs Stunden andauert.

Denkbar und möglich wäre es die Sporthallen und die Verwaltung mit einem Stromanschluss von außen zu versehen, sodass z. B. das Technische Hilfswerk (THW) oder das Abwasserwerk der Verbandsgemeinde Maifeld ein Aggregat anschließen könnten. Diese Kosten sind überschaubar und führen nicht zu laufenden Unterhaltungskosten, die ein Aggregat und ein Kraftstofftank in der Wartung und der halbjährlichen Erneuerung des Kraftstoffs aufweisen.

Ein Vorteil sind die derzeitig geplanten Umbauten an der Grundschule Ochtendung, der Cusanusschule in Münstermaifeld und dem Rathaus der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld. Hier lässt sich ein Stromanschluss wirtschaftlich in die laufenden Maßnahmen ergänzen.

Darüber hinaus müsste ein Notversorgungskonzept erstellt werden, das einer Anleitung gleicht, welche Handlungen auszuführen sind, um die Liegenschaft wieder in Betrieb zu nehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten zur Realisierung der Maßnahmen werden entsprechend der Haushaltsjahre in den Haushalt eingestellt. Ein Haushaltsnachtrag aufgrund der Erweiterung der Projekte ist nicht notwendig.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Umrüstung der Liegenschaften, um eine Notstromversorgung anschließen zu können.

Die Verwaltung wird beauftragt, die baulichen Voraussetzungen im Rahmen der anstehenden Umbaumaßnahmen (siehe nachfolgenden TOP) mit einzugliedern und die Maßnahmen hinsichtlich der Ersatzstromfähigkeit von Photovoltaikanlagen zu erweitern. Eine entsprechende Gebäudeanleitung wird durch das Planungsbüro Witec für den Notfall erstellt.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/434/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

TOP-Nr.: 4 Sachstandsmitteilung der Projekte des Klimaschutzmanagements der
Verbandsgemeinde Maifeld (Maifeld/422/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Aufgrund diverser Projekte und als Zwischenbericht wird ein Sachstand der Maßnahmen des Klimaschutzmanagements erläutert. Die Sachstandsmitteilung bezieht sich auf die Projekte in Trägerschaft der Verbandsgemeinde (ohne Städte und Ortsgemeinden).

1: Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den Dachflächen des Verwaltungsgebäudes inkl. eines Stromspeichers zur Eigenverbrauchserhöhung und Errichtung einer Anlage zum Heizen und Kühlen des Verwaltungsgebäudes inkl. Ratssaal und Stadthaus in Polch:

Photovoltaikanlage (PV-Anlage):

Im Juni 2022 wurde letztmalig über die Thematik im Verbandsgemeinderat beraten. Zwischenzeitlich wurde der Auftrag, nach erfolgter Ausschreibung, an ein Planungsbüro (Büro Witec) vergeben. Die Leistungsphasen (LPH) 1 bis 3 sind bereits abgeschlossen. Die LPH dienen der Grundlagenermittlung, der Vorplanung und der Entwurfsplanung. In den vergangenen Tagen hat sich mit Hinblick des Katastrophenschutzes das Themenfeld erweitert. Demnach wird in der Planung der Photovoltaikanlage (PV-Anlage) die Ersatzstromfähigkeit berücksichtigt, sodass es bei entsprechender Witterung möglich ist das gesamte Verwaltungsgebäude über die Photovoltaikanlage zu versorgen.

Heizung/Kühlung:

In der Vorplanung hat sich bestätigt, dass es möglich ist, mittels einer luftgeführten Wärmepumpenanlage das Verwaltungsgebäude, das Stadthaus und den Ratssaal im Winter vollständig zu beheizen und auch im Sommer zu kühlen. Dabei ist die Effizienz der Anlage nahezu identisch mit vergleichbaren Luft/Wasser-Wärmepumpen. Dies führt dazu, dass die Gasheizung in Zukunft nur noch zum Abfangen von Spitzenlasten benötigt wird. -

Grundsätzlich ist für die Umsetzung, aufgrund des Denkmalschutzes des Verwaltungsgebäudes (Gebäudeteil „historisches Rathaus“), ein Bauantrag zu stellen. Bei der Umsetzung könnte der Ratssaal der Stadt Polch als „Ausweich-Großraumbüro“ genutzt werden. Die Stadt Polch hat dazu bereits ihr Einverständnis erteilt. Die Umsetzung ist im laufenden Betrieb vorgesehen und wird Bauabschnittsweise erfolgen, sodass die einzelnen Fachbereiche für bis zu zwei Wochen in den Ratssaal ausweichen können (alternativ Homeoffice, etc.).

2: Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den Dachflächen der Grundschule St. Martin, Ochtendung inkl. eines Stromspeichers und Erneuerung der Heizungsanlage

In den Sitzungen vom Herbst 2021 und Mitte 2022 wurde letztmalig über die Thematik im Verbandsgemeinderat beraten. Nach vollzogener Ausschreibung wurden die Planungsleistungen an das Planungsbüro Witec, Ochtendung, vergeben. Die Leistungsphase 3 wurde abgeschlossen.

Weiter hat die statische Untersuchung gezeigt, dass die Dachfläche ausreichende Lastreserven vorhält um das zusätzliche Gewicht einer Photovoltaikanlage zu tragen.

Grundsätzlich schlägt die Verwaltung vor, die Grundschule mit an das bestehende Nahwärmenetz der Wernerseckhalle anzuschließen. Da die Bestandsanlage hier in den nächsten Jahren erneuerungsbedürftig wird, soll diese zunächst mit eingebunden und langfristig durch die neue Heizungsanlage in der Grundschule ersetzt werden. So entfällt hier die Notwendigkeit in einigen Jahren erneut (ggf. bis auf den Rückbau der Altanlage in der Wernerseckhalle) zu investieren. Durch den Einsatz einer Heizungsanlage auf Basis erneuerbarer Energien werden die Liegenschaften im Verbund mit der geplanten PV-Anlage zukunftsweisend ausgebaut. Darüber hinaus können im Zuge des Ausbaus des Nahwärmenetzes die Stromversorgung (mit Zwischenzählern zur Abrechnung) an einen Netzanschluss zusammengefasst werden. Dies hätte die Synergie, dass alle Gebäude automatisch von der (dann rd. 100 kW) Photovoltaikanlage profitieren können, ohne dass auf jedes Gebäude eine separate PV-Anlage errichtet werden müsste. Hier könnten auch die Liegenschaften der Ortsgemeinde Ochtendung (Foyer Wernerseckhalle, Gemeindehaus, Jugendtreff & ggf. der Bauhof) mit eingebunden werden. Diesbezüglich sollen noch Gespräche mit der Ortsgemeinde Ochtendung stattfinden.

Die Dimensionierung der Anlagentechnik wird entsprechend der zum Tragen kommenden Last ausgelegt. Dabei wird eine mögliche Beteiligung der Ortsgemeinde Ochtendung und dessen Liegenschaften berücksichtigt. Grundsätzlich gilt, je mehr Liegenschaften eingebunden werden, desto wirtschaftlicher wird das Nahwärmenetz.

Die anfallenden Kosten der Maßnahme könnten prozentual durch den Anteil der Gebäudeflächen aufgeteilt werden (ca. 25% OG Ochtendung und 75% VG Maifeld).

3: Dringliche Heizungserneuerung in der Grundschule Welling:

Letztmalig wurde die Thematik im Verbandsgemeinderat Mitte 2022 vorgestellt, beraten und beschlossen. Zuvor war die Bestandsanlage in der Grundschule ausgefallen. Eine Hybridanlage (Gas-Wärmepumpe) wurde seitens der Verwaltung empfohlen und durch das Gremium beschlossen. Die Anlage wurde zwischenzeitlich ausgeschrieben und die Errichtung beauftragt. Der Gasanlageanteil der Hybridanlage ist bereits im Herbst 2022 eingebaut worden, sodass der Schul- und Heizbetrieb für die aktuelle Heizperiode sichergestellt werden konnte. Aufgrund der Lieferzeit der Wärmepumpen durch die anhaltende hohe Nachfrage wird dieser Anlageanteil in 2023 ergänzt.

4: Heizungserneuerung in der Grundschule in Münstermaifeld:

Der Verbandsgemeinderat hat Anfang 2022 beschlossen, ein Planungsbüro für die Erneuerung der (Nachtspeicher-) Heizungsanlage in der Cusanusschule zu beauftragen. Der Vertrag mit dem beauftragen Büro musste durch mehrfache Nichteinhaltung von Fristen, aufgrund fehlender Kapazitäten, aufgehoben werden. Daher musste das Ausschreibungsverfahren für die Planungsleistungen wiederholt werden, dabei hat das Planungsbüro Witec aus Ochtendung den Zuschlag erhalten. Zudem soll in der Entwurfsphase der Erneuerung die Variante mit erarbeitet bzw. betrachtet werden ein Nahwärmenetz für die kommunalen Liegenschaften im unmittelbaren Umfeld (zwei Kita's, ein Schwimmbad, eine Turnhalle und eine Grundschule) zu errichten. Die Entwurfsplanung soll dem Rat ab Spätsommer 2023 vorgestellt werden.

5: Heizungserneuerung in der Grundschule Mertloch:

Im Frühjahr 2021 wurde letztmalig die Thematik im Verbandsgemeinderat vorgestellt, beraten und beschlossen. Die Ausschreibung zur Umsetzung (Pelletheizung) ist vollzogen worden. Problematisch war hierbei, dass bei der ersten Ausschreibung kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt werden konnte. Bei einem zweiten Anlauf konnte ein Unternehmen beauftragt werden. Ursprünglich war vorgesehen, dass in den Sommerferien 2022 die Umsetzung durchgeführt wird, sodass zum Beginn der Heizperiode die Anlage in Betrieb genommen werden kann. Leider ist es aufgrund von Lieferproblemen dazu gekommen, dass die Anlage vom Hersteller nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurde-. Somit musste auf die Umsetzung im Jahr 2022 verzichtet werden, um den Schulbetrieb gewährleisten zu können. Die Umsetzung ist in das laufende Jahr 2023 (nach der Heizperiode) verschoben worden, um die Fertigstellung in den Sommerferien sicherzustellen.

6: E-Mobilität: Errichtung von Ladesäulen auf dem Hans-Baulig-Platz in Polch

Die zwei Ladesäulen mit insgesamt vier Ladepunkten (je 22kW Leistung pro Ladepunkt) wurden zwischenzeitlich errichtet, fertiggestellt und in Betrieb genommen. Die Auszahlung der Zuwendung (Förderquote 80%) wurde dementsprechend beantragt. Die Ladesäulen sind zwischenzeitlich auf den üblichen Internet-Roaming Anbietern zu finden. Dies wird auch zeitnah in den Medien publiziert.

7: Klimaschutzbericht:

Die jährliche Fortschreibung ist zwischenzeitlich erfolgt. Die Bilanzierung der Liegenschaften der Verbandsgemeinde Maifeld ihrer Städte und Ortsgemeinden hat dargestellt, dass im Jahr 2021 3 % (130 Tonnen) der CO₂-Emissionen gegenüber dem Jahr 2020 eingespart werden konnten. Dabei sind 40 Tonnen CO₂ auf die Straßenbeleuchtung und 90 Tonnen CO₂ auf die Liegenschaften zurückzuführen. Grundsätzlich liegt die Verbandsgemeinde bei 52 % weniger CO₂-Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 und damit weiterhin auf einem guten Weg. Das nächste anstehende nationale Ziel ist eine Reduzierung in Höhe von 65 % der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030.

Die derzeitige Krisensituation hat Deutschland dazu bewegt die Leistung von Kohlekraftwerken zu erhöhen um die Stromversorgung sicherzustellen. Die Konsequenz daraus ist, dass die CO₂-Emissionsbelastung im deutschen Strommix zunimmt. Der Erdgasanteil an der Stromerzeugung lag in Deutschland 2021 bei 12,6 %, Kohle bei 24,9 %. Dazu kommt, dass in Frankreich derzeit rund die Hälfte der Atomkraftwerke nicht mehr in Betrieb sind, sodass Deutschland mehr Strom erzeugt um diesen exportieren zu können. Dies führt neben der Kompensation des Erdgasengpasses dazu, dass die Kohlekraftwerke deutlich mehr Strom erzeugen. Für die CO₂-Emissionen bedeutet jede Kilowattstunde (kWh) Strom durch ein Kohlekraftwerk rund 800 Gramm mehr an CO₂-Emissionen als bei einem vergleichbaren Gaskraftwerk. Wenn der CO₂-Anteil im Strommix sich „nur“ um 10 % erhöht, bedeutet dies, ein Zuwachs von rund 81 Tonnen CO₂ für die Liegenschaften der Verbandsgemeinde Maifeld ihrer Städte und Ortsgemeinden. Wie hoch diese tatsächlich ausfallen, wird sich in Zukunft zeigen.

Grundsätzlich wird empfohlen die erneuerbaren Energien auszubauen, da die meisten Techniken heute ersatzstromfähig sind und somit bei der entsprechenden Witterung für Strom und Wärme sorgen. Zudem führt die Strompreissteigerung zu sehr kurzen Amortisationszeiten der PV-Anlagen.

Stromsektor:

Der Strompreis hat sich für die Jahre 2023 – 2025 wie folgt geändert:

Bei Betrachtung aller Liegenschaften der Verbandsgemeinde Maifeld ihrer Städte und Ortsgemeinden ergeben sich folgende Kostensteigerung:

Normaler Stromtarif:

Arbeitspreis: 52,95 ct/kWh, Grundgebühr 0,00 EUR pro Jahr.

Mehrkosten ca. 230.000,00 EUR.

(mit Gas- & Strompreisbremse ca. 185.000,00 EUR)

Für Wärmestrom:

Arbeitspreis: 56,17 ct/kWh, Grundgebühr 0,00 EUR pro Jahr.

Mehrkosten ca. 115.500,00 EUR.

(mit Gas- & Strompreisbremse ca. 88.500,00 EUR)

Straßenbeleuchtung:

Arbeitspreis: 46,74 ct/kWh, Grundgebühr 0,00 EUR pro Jahr.

Mehrkosten ca. 245.700,00 EUR.

(mit Gas- & Strompreisbremse ca. 217.000,00 EUR)

Das führt in Summe zu rund 591.000,00 EUR jährlichen Mehrkosten in 2023 – 2025 aufgrund des Strompreises (mit Gas- & Strompreisbremse ca. 490.500,00 EUR).

Gassektor:

Die Ausschreibung für Gas ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht erfolgt. Bei einem Zuschlag für rund 17ct/kWh Gas (aktuelle Angebote) würde das zu jährlichen Mehrkosten in Höhe von 388.000,00 EUR führen (mit Gas- & Strompreisbremse ca. 274.000,00 EUR).

Strom und Gas gesamt:

Somit kann in den Jahren 2023 – 2025 mit einer Kostensteigerung von Gas und Strom in Höhe von rund 979.000,00 EUR pro Jahr gerechnet werden, obwohl der Verbrauch sinkt (mit Gas- & Strompreisbremse ca. 764.500,00 EUR).

8. Kommunales Energiemanagement

Der Förderantrag wurde gemäß dem Beschluss des Verbandsgemeinderats im Herbst 2022 gestellt. Die Förderzusage wird Mitte 2023 erwartet. Da Maßnahmen im Vorfeld nicht zuwendungsfähig sind, werden bis zum Eingang des Förderbescheids keine Maßnahmen umgesetzt. Die Intention ist es eine zusätzliche Stelle des Energiemanagers zu besetzen sowie die Errichtung eines Lora-Wan-Netzes im Maifeld, um digitale Energieverbrauchszähler ansprechen zu können. Damit können die Verbräuche kontinuierlich bilanziert und mittel- bis langfristig gesenkt werden können. Dies geschieht in Absprache mit dem Abwasserwerk Maifeld, sodass Soft- und Hardware geteilt werden können, dies führt zu einer Kostenreduzierung.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten zur Realisierung der Maßnahmen werden entsprechend der Haushaltsjahre in den Haushalt eingestellt. Ein Haushaltsnachtrag aufgrund der Erweiterung der Projekte ist nicht notwendig.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gremium nimmt die Sachverhalte 1, 3,4,5,6,7,8 zur Kenntnis.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/42 2/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Beschlussvorschlag 2: (Sachverhalt 2 – GS Ochtendung, Nahwärme- und Stromnetz)

Das Gremium begrüßt die Herangehensweise und stimmt der Erweiterung der Maßnahme und somit der Erweiterung eines Nahwärmenetzes sowie eines Stromnetzes, unter Berücksichtigung der Beteiligung der Ortsgemeinde Ochtendung, zu. Die Verwaltung wird beauftragt ein Bauantrag für die Umsetzung bei der Kreisverwaltung einzureichen. Unter Vorbehalt der Baugenehmigung wird die Verwaltung beauftragt, die Ausschreibung zur Umsetzung zu vollziehen. Herr Bürgermeister Maximilian Mumm wird ermächtigt, das wirtschaftlichste Unternehmen mit der Umsetzung zu beauftragen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/42 2/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 5 Sachstandsmitteilung der Umgestaltung / Erweiterung des Bürgerbüros
(Maifeld/436/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Im Herbst 2022 wurde letztmalig über die Thematik im Verbandsgemeinderat beraten und die Visualisierung vorgestellt. Der Bauantrag für die Maßnahme wurde bei der Kreisverwaltung eingereicht. Die Genehmigung und der Zuwendungsbescheid sind zwischenzeitlich eingegangen. Der Zuwendungsbetrag für die Maßnahme beläuft sich auf 388.000,00 EUR. Dies entspricht 42 % der Gesamtkosten (Kostenschätzung).

Mit Eingang der Baugenehmigung kann dann zeitnah die Ausschreibung vollzogen werden, sodass der tatsächliche Umbau in der zweiten Jahreshälfte beginnen kann. Die Unterlagen zur Ausschreibung werden bereits ausgearbeitet.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/436/2023/1									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

TOP-Nr.: 6 Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Verbandsgemeinde
Maifeld (Maifeld/424/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Die Städte und Ortsgemeinden erhalten mittlerweile vermehrt Anfragen von Projektentwicklern und/oder Grundstückseigentümern zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich. Da bei der Entwicklung von solchen Anlagen einige Themen zu beachten sind, wurden die Stadt- und Ortsbürgermeister/innen in der vergangenen Bürgermeisterbesprechung darüber informiert.

Dahingehend wird auf die in der Anlage beigefügte Sitzungsvorlage verwiesen.

Baurechtliche Zulässigkeit von Freiflächen-Photovoltaikanlagen:

Zwischenzeitlich hat sich allerdings ein Teilaspekt der baurechtlichen Zulässigkeit von Photovoltaikanlagen im Außenbereich geändert. Im Rahmen des „Gesetzes zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien im Städtebaurecht“ (veröffentlicht am 04.01.2023) wurde das Baugesetzbuch in § 35 (Bauen im Außenbereich) erweitert (rechtswirksam ab 01.01.2023).

§ 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB:

Im Außenbereich ist ein Vorhaben nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es

der Nutzung solarer Strahlungsenergie dient

- a) In, an und auf Dach- und Außenwandflächen von zulässigerweise genutzten Gebäuden, wenn die Anlage dem Gebäude baulich untergeordnet ist, oder*
- b) auf einer Fläche längs von*
 - ba) Autobahnen oder*
 - bb) Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen*

und in einer Entfernung zu diesen von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn.

Dementsprechend wurde die Privilegierung für Bauvorhaben im Außenbereich auf Freiflächen Photovoltaik-Anlagen ausgeweitet, die im 200 Meter Streifen entlang der Autobahn errichtet werden sollen (wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen).

Daher ist für diesen Bereich keine Bauleitplanung mehr erforderlich. Für alle weiteren Flächen ist jedoch weiterhin die Anpassung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes notwendig.

Umgang mit Anfragen für die Errichtung von Freiflächen Photovoltaikanlagen, Anlagen außerhalb der privilegierten Flächen:

Da jedoch mit weiteren Anfragen von Projektentwicklern/ Grundstückseigentümern zu rechnen ist, wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, einen grundsätzlichen Kriterienkatalog zu entwickeln, der zumindest als Richtlinie für Interessenten dient und der es der Verwaltung ermöglicht, nichtrealisierbare Vorhaben frühzeitig abzulehnen. Nichtsdestotrotz soll die Zulassung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen weiterhin durch Einzelfall-Entscheidungen des Verbandsgemeinderates erfolgen.

Kriterienkatalog für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen

Zur Bewertung, ob eine Fläche für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen geeignet ist und weiterverfolgt werden sollte, hat die Verbandsgemeindeverwaltung folgenden Kriterienkatalog erarbeitet, der eine Entscheidungsgrundlage bilden kann.

A: Grundsatz

Grundsätzlich sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf bereits versiegelten Flächen oder an Infrastrukturtrassen (Autobahnen/Schientrassen) errichtet werden. Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist für die Errichtung von Anlagen entlang von Infrastrukturtrassen ein Bereich von 500 m vorgesehen (Hinweis: Die Privilegierung nach § 35 BauGB erstreckt sich nur auf einen Bereich von 200 m entlang der Autobahn) Diese sollen bevorzugt für die Nutzung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Betracht gezogen werden.

B: Weitere Flächen

Bei einer Konzentration auf nur die o. g. Flächen wäre jedoch eine Vielzahl an Gemeinden aufgrund der geografischen Lage ausgeschlossen. Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind auf sonstigen Flächen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, es können jedoch Konflikte mit anderen Nutzungen entstehen. Hier muss eine Abwägung getroffen werden und die Entscheidung einzelfallbezogen erfolgen.

1. Vorranggebiet Landwirtschaft

Aufgrund der landwirtschaftlichen Prägung des Maifeldes stehen insbesondere die Vorranggebiete für die Landwirtschaft einer Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen grundsätzlich entgegen. Hiervon kann im Rahmen eines sog. Zielabweichungsverfahrens abgewichen werden. Die Landwirtschaftskammer stellt sich jedoch regelmäßig gegen eine Umwandlung dieser Flächen, siehe auch „Leitfaden der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz zur Beachtung agrarstruktureller Belange beim Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen“ vom Mai 2022 (Anlage). Auf solche Flächen soll nur in Ausnahmefällen zurückgegriffen werden.

2. Berücksichtigung der Ertragsmesszahl der landwirtschaftlichen Fläche

Als Kenngröße für die Ertragsschwäche i. S. d. Grundsatzes 166 der Raumordnung ist die Ertragsmesszahl (EZM) heranzuziehen. Die landesweit durchschnittliche EMZ liegt bei ca. 35. Entsprechend kann landesweit davon ausgegangen werden, dass Flächen mit einer EMZ kleiner als 35 tendenziell ertragsschwächer sind.

3. Abstände zu Siedlungsstrukturen

Grundsätzlich soll die Entwicklung der Siedlungsstrukturen durch die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage nicht beeinträchtigt werden. Dementsprechend soll ein Abstand von mindestens 300 m zum Siedlungskörper eingehalten werden.

4. Größe der Fläche / Zusammenhängende Fläche

Für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage soll eine zusammenhängende Fläche von mindestens **fünf ha** zur Verfügung stehen, um eine Zersiedlung von vielen kleinen Anlagen zu vermeiden. Weiterhin soll das Ziel der Landesregierung einer Begrenzung der für die Freiflächen-PV Anlagen vorgesehenen Flächen von 2% berücksichtigt werden.

5. Einfügen in das Landschaftsbild (Visualisierung)

Zunächst soll eine Visualisierung der geplanten Anlage vorgelegt werden, um abschätzen zu können, ob dadurch eventuelle Beeinträchtigungen (zum Beispiel durch Blendewirkung) entstehen können. Ebenfalls sollen die beabsichtigten Flächen im späteren Verlauf eingegrünt werden.

6. Beschränkung durch Beschlussfassung im Einzelfall:

Der Verbandsgemeinderat entscheidet, auch bei Vorliegen der o. g. Kriterien, jeweils einzelfallbezogen. Es bleibt daher vorbehalten einzelne Projektvorschläge abzulehnen.

Kommunale Projekte durch die Verbandsgemeinde:

Die Verbandsgemeinde könnte eigenständig Freiflächen-Photovoltaikanlagen entwickeln und mit den daraus resultierenden Einnahmen eine Reduzierung der Verbandsgemeinde-Umlage ermöglichen. Dazu ist die Verwaltung derzeit in der Vorprüfung, ob und wie eine Umsetzung erfolgen könnte. Die Gremien sollen dazu in einer der nächsten Sitzungen informiert werden.

Der Haupt- Finanz- und Personalausschuss sowie der Bau- und Umweltausschuss haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 13.02.2023 dem Kriterienkatalog als grundsätzliche Unterstützung der Verwaltung zugestimmt. Darüber hinaus wurde dem Verbandsgemeinderat empfohlen eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes in Bezug auf Photovoltaikanlagen durchzuführen.

Aus Sicht der Verwaltung sollte hier mit den bereits durch die Verwaltung ermittelten Grundlagen eine Potenzialanalyse durchgeführt werden um zu ermitteln, welche Flächen sich für eine Photovoltaikanlagennutzung eignen.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt Kenntnis und begrüßt die Entwicklung eines Kriterienkatalogs für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich als grundsätzliche Hilfe.

Das Gremium beschließt die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes in Bezug auf Flächen für Photovoltaikanlagen. Die Verwaltung wird beauftragt ein geeignetes Planungsbüro mit den Planungsleistungen zu beauftragen. In einem ersten Schritt soll eine Potenzialanalyse erstellt werden, die dem Verbandsgemeinderat zur Genehmigung vorzulegen ist.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab- stimmung	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			z. K.	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/42 4/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 7 Einführung eines kommunalen Energiemanagements (Maifeld/308/2022/2)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Ende vergangenen Jahres hat der Verbandsgemeinderat beschlossen, die Förderung des Kommunalen Energiemanagements bei der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) zu beantragen und nach Bewilligung der Förderung die Personalstelle entsprechend auszuschreiben. Der Beschluss liegt als Anlage bei.

Mit Schreiben vom 28.02.2023 bittet die ZUG zur Weiterbearbeitung der Antragsunterlagen um Nachreichungen. In dem Schreiben wird u. a. dargestellt, dass der vom Verbandsgemeinderat gefasste Beschluss für die Bewilligung der Förderung nicht weitreichend genug ist.

Der Beschluss wurde dementsprechend angepasst.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt den Beschluss zu Tagesordnungspunkt 5 „Einführung eines kommunalen Energiemanagements“ vom 06.10.2022 wie folgt zu erweitern:

Das Gremium beabsichtigt und befürwortet die Einführung und den dauerhaften Betrieb eines kommunalen Energiemanagementsystems.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Personalstelle des kommunalen Energiemanagements, unter Sicherstellung der finanziellen Mittel, im Rahmen der Förderung auszuschreiben und einzuführen.

Herr Bürgermeister Maximilian Mumm wird bevollmächtigt, die Stelle entsprechend der Förderrichtlinien zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.				
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/30 8/2022/2									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

TOP-Nr.: 8 Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungspläne (Maifeld/430/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

Im Rahmen der Erstellung des Hochwasservorsorgekonzeptes der Verbandsgemeinde Maifeld wurden bei den Gewässern III. Ordnung starke Defizite und somit dringender Handlungsbedarf festgestellt. Besonders bei den Gewässerabschnitten, die innerhalb der Ortslagen verrohrt sind und hydraulisch an ihre Belastungsgrenzen stoßen, ist eine Renaturierung mit Schaffung von Retentionsraum vor den Ortslagen notwendig. Aufgrund der Vielzahl der Gewässer und der vorhandenen Defizite bietet die Aufstellung von Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungsplänen hier die Möglichkeit zur Bestandserfassung der Gewässer, ihrer Nutzungssituation sowie die Erfassung der verschiedenen Anlagen in und an den Gewässern. Nach Analyse der Gesamtsituation an den Gewässerabschnitten kann so die Auswahl der geeignetsten und effektivsten Maßnahmen sowie mögliche Synergieeffekte im Bereich der Gewässer- und Anlagenunterhaltung und zum Schutz von kritischer Infrastruktur (z. B. Kläranlagen, Verbindungssammler, Anlagen der Wasserversorgung, ...) ermittelt werden. Als Grundvoraussetzung für die Förderung des Grunderwerbs im Rahmen der Aktion Blau Plus ist ebenfalls ein Gewässerentwicklungsplan erforderlich. Die Erstellung der Gewässerentwicklungspläne werden vom Land Rheinland-Pfalz im Rahmen der Aktion Blau Plus mit bis zu 90 % gefördert.

Als Unterhaltungspflichtige für die Gewässer III. Ordnung obliegt die Aufstellung der Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungspläne der Verbandsgemeinde Maifeld, diese dienen dann als Grundlage für die Renaturierungsmaßnahmen, die ebenfalls im Rahmen der Aktion Blau Plus in Kooperation mit der Stiftung Natur und Umwelt RLP für den Wasserkörper Nothbach (Scherpunktgewässer Nährstoffreduktion) sogar mit bis zu 100 % gefördert werden können. Bei einer Förderung mit 90 % besteht weiterhin die Möglichkeit, die nicht geförderten 10 % dem Ökokonto zuzuführen und so als Ausgleichsmaßnahme zu nutzen.

Die Reihenfolge der zu betrachtenden Gewässern ergibt sich aus der Priorisierung des Hochwasservorsorgekonzeptes der Verbandsgemeinde Maifeld. Aufgrund der hydraulischen Überlastung der Gewässerverrohrung in der Stadt Polch, die gleichzeitig auch als Trennsystem genutzt wird, soll mit dem Teilabschnitt des Viedeler Baches vor der Ortslage begonnen werden.

Folgende Gewässerabschnitte mit ähnlichen Voraussetzungen sollten ebenfalls vorrangig betrachtet werden:

Ruitscher Bach	vor der Ortslage von Ruitsch
Keberbach	vor den Ortslagen von Lonrig und Dreckenach in Kooperation mit Verbandsgemeinde Rhein-Mosel
Quellbereich Bimbach	vor der Ortslage von Naunheim
Roter Erdbach	vor der Ortslage von Küttig
Wasserkörper Nothbach	oberhalb der Kläranlage Nothbachtal im Bereich von kritischer Infrastruktur

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltplan 2023 wurden bei der Buchungsstelle 55201-026900-23-11 insgesamt 35.000,00 EUR eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, grundsätzlich Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungspläne für die Gewässer III. Ordnung in der Verbandsgemeinde Maifeld aufzustellen. Die Reihenfolge der zu betrachtenden Gewässern ergibt sich hierbei aus der Priorisierung des Hochwasservorsorgekonzeptes der Verbandsgemeinde Maifeld. Die Verbandsgemeindeverwaltung wird beauftragt, mit dem Gewässerentwicklungs- und Unterhaltungsplan für den Viedeler Bach zu beginnen, ein entsprechendes Honorarangebot anzufordern und die Fördermittel im Rahmen der Aktion Blau Plus vom Land-Rheinland-Pfalz zu beantragen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/430/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschlussgrund		

TOP-Nr.: 9 Rekommunalisierung des Forstbetriebes (Maifeld/438/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Nach den derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen kann die Revierleitung im Kommunalwald durch staatliche oder durch körperschaftliche Bedienstete ausgeübt werden. Im Bereich der waldbesitzenden Kommunen auf dem Maifeld wird der Revierdienst derzeit durch einen staatlichen Revierleiter sichergestellt. Dabei ist der Revierleiter ausschließlich für den Bereich der Verbandsgemeinde Maifeld zuständig.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Landesforsten eine Vergrößerung der Reviere, die durch einen staatlichen Bediensteten geleitet werden, anstrebt. Regelmäßig kommt diese Thematik auf, wenn ein Revierleiter aus dem Dienst ausscheidet.

Auch im Bereich des Forstrevieres Maifeld ist eine Zusammenlegung mit einem anderen Revier angedacht. Durch die Zusammenlegung ist davon auszugehen, dass eine ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung sehr erschwert wird.

Auch die wettbewerbs- und beihilferechtlichen Bestimmungen erschweren die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem „staatlichen Forstbetrieb“. So hat der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz bereits mit Schreiben vom 28.08.2017 festgestellt, dass die dargestellte Entwicklung bedeutet, dass bestimmte staatliche Dienstleistungen in naher Zukunft nicht mehr oder nur noch unter deutlich veränderten Bedingungen angeboten werden dürfen. Aus Sicht des Gemeinde- und Städtebundes gewinnt damit die Kommunalisierung der Revierleitung im Gemeindewald erheblich an Bedeutung.

Für die waldbesitzenden Kommunen des Maifeldes würde eine Zusammenlegung des Forstreviers Maifeld mit einem anderen Forstrevier eine Verschlechterung der Bewirtschaftungssituation mit sich bringen. Gegebenenfalls wären sogar einzelne Leistungen, die durch den Forstbetrieb erbracht werden (z. B. Leitung des Holzhof in Polch) nicht mehr durch den staatlichen Revierleiter zu leisten.

Auf Grund der o. g. Tatsachen soll auch im Bereich der Verbandsgemeinde Maifeld die Überprüfung der Möglichkeit einer Rekommunalisierung des Forstbetriebes erfolgen. Neben der Möglichkeit verschiedener Anstellungskörperschaften (Verbandsgemeinde, Stadt/Ortsgemeinde, Zweckverband) wäre auch die Kostensituation zu beleuchten.

Anzumerken ist, dass eine Betreuung/Mitarbeit des Forstamtes auch bei einer Rekommunalisierung gegeben ist. Die Leistungen des Forstamtes im Kommunalwald bestehen kraft Gesetzes und sind von der Form der Revierleitung unabhängig.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beauftragt die Verbandsgemeindeverwaltung mit der Aufarbeitung der Sachlage. Die entsprechenden Informationen sind den Gremien im Anschluss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/43 8/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

TOP-Nr.: 10 Ausschreibung der Beihilfeablöseversicherung / Beihilfesachbearbeitung
(Maifeld/447/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 1

Sachverhalt:

Die Beihilfeleistungen nach der Beihilfeverordnung Rheinland-Pfalz werden für die Beamtinnen und Beamten, Pensionärinnen und Pensionäre sowie die Beschäftigten der Verbandsgemeinde Maifeld im Rahmen einer bestehenden Beihilfeversicherung bei der Debeka Krankenversicherungsverein a G, Koblenz erbracht. Dies beinhaltet sowohl die Leistungserbringung im Kranken- und Pflegeversicherungsfall als auch die Sachbearbeitung der Beihilfeanträge durch das Beihilfe- und Bezügezentrum, Bad Dürkheim.

Da der Beamtenkörper der Verbandsgemeinde Maifeld, für den hauptsächlich Beihilfeleistungen zu erbringen sind, sehr überschaubar ist, bietet diese Variante zum einen den Vorteil, dass kein spezielles Fachwissen für die Beihilfesachbearbeitung und dementsprechend kein Personal bei der Verbandsgemeindeverwaltung vorgehalten werden muss.

Zum anderen wird im Rahmen der Versicherung der jährliche Aufwand der Beihilfeleistungen stabilisiert und aus haushaltsrechtlicher Sicht kalkulierbar. Insbesondere bei längeren Krankenhausaufenthalten oder in Pflegefällen, die kostenmäßig im sechsstelligen Bereich liegen können, entstehen der Verbandsgemeinde Maifeld daher keine unerwartet hohen Aufwendungen.

In der Sitzung des Verbandsgemeinderates am 08.12.2022 wurde zuletzt darüber informiert, dass die Debeka den Versicherungsvertrag zum 31.12.2022 gekündigt hat, da das Verhältnis zwischen den kalkulierten Ausgaben und den tatsächlich zur Verfügung gestellten Leistungen unausgewogen ist. Gleichzeitig wurde eine Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses ab dem 01.01.2023 unter Erhöhung des Risikoaufschlags von 40 auf 65 Prozent angeboten, was eine Erhöhung der jährlichen Kosten um ca. 66.000,00 EUR auf insgesamt 375.000,00 EUR nach sich zieht.

Zur Sicherstellung der Beihilfeleistungserbringung wurde Herr Bürgermeister Mumm ermächtigt, der Fortführung des Versicherungsverhältnisses zu den geänderten Konditionen ab dem 01.01.2023 unter gleichzeitiger Kündigung zum 31.12.2023 zuzustimmen.

Ab dem Jahr 2024 soll die Erbringung der Beihilfeleistungen ggf. neu geregelt werden. Dabei sind zwei Alternativen denkbar:

Alternative I

Die Beihilfeablöseversicherung (Leistungserbringung und Sachbearbeitung) wird grundsätzlich fortgeführt. Diese müsste auf Grund des jährlichen Kostenvolumens europaweit ausgeschrieben werden.

Alternative II

Die Beihilfesachbearbeitung durch einen externen Dienstleister wird vergeben. Die Auszahlung würde im Rahmen der spitzen Abrechnung durch die Verbandsgemeindekasse erfolgen.

Zum kostenmäßigen Vergleich der beiden Alternativen wurden die vergangenen fünf Jahre betrachtet. Von Seiten der Verwaltung wurde geprüft, ob die o. g. Vorteile einer Beihilfeablöseversicherung im Verhältnis zu den gezahlten Versicherungsbeiträgen bzw. den geleisteten Beihilfeleistungen der Debeka stehen.

Kosten mit Beihilfeablöseversicherung

Zeitraum	Versicherungsbeitrag Gesamtkosten	Beihilfeleistung Debeka	Differenz
2018	302.472,20 €	242.862,49 €	59.609,71 €
2019	322.526,37 €	219.238,45 €	103.287,92 €
2020	331.285,57 €	368.722,28 €	-37.436,71 €
2021	313.671,26 €	321.762,97 €	-8.091,71 €
2022	308.965,67 €	349.838,29 €	-40.872,62 €
	1.578.921,07 €	1.502.424,48 €	76.496,59 €
2023	375.000,00 €	349.838,29 €	25.161,71 €

Daraus ergibt sich, dass die Kosten für die Beihilfeablöseversicherung in den vergangenen fünf Jahren um ca. 76.500,00 EUR höher waren, als die Beihilfeleistungen der Versicherung. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass im Versicherungsbeitrag auch die Kosten für die Sachbearbeitung durch die bbz-gmbh von durchschnittlich jährlich ca. 17.350,00 EUR (brutto) enthalten sind.

Bei Abwicklung der Beihilfeleistung ohne Versicherung nur mit externem Dienstleister hätte sich ausgehend von den v. g. durchschnittlichen jährlichen Kosten für die reine Sachbearbeitung folgende Gesamtkostensituation (brutto) für die Jahre 2018 bis 2022 ergeben:

Kosten ohne Beihilfeablöseversicherung

Zeitraum	Beihilfeleistung	Kosten Sachbearbeitung	Gesamtkosten
2018	242.862,49 €	17.350,00 €	260.212,49 €
2019	219.238,45 €	17.350,00 €	236.588,45 €
2020	368.722,28 €	17.350,00 €	386.072,28 €
2021	321.762,97 €	17.350,00 €	339.112,97 €
2022	349.838,29 €	17.350,00 €	367.188,29 €
	1.502.424,48 €	86.750,00 €	1.589.174,48 €
2023	349.838,29 €	17.350,00 €	367.188,29 €

Bei dieser Variante wären die Gesamtkosten über den Zeitraum von 2018 bis 2022 geringfügig um ca. 10.000,00 EUR höher gewesen. Betrachtet man jedoch insbesondere die Jahre 2018 und 2019 so wären die Kosten deutlich niedriger ausgefallen als der Versicherungsbeitrag (2018 - 42.260,00 EUR und 2019 - 85.938,00 EUR).

Auf Grund der deutlichen Kostensteigerung vom Jahr 2022 zum Jahr 2023 besteht die Möglichkeit, dass sich auch ab dem Jahr 2024 wieder eine günstigere Kostensituation zur Erbringung der Beihilfeleistung außerhalb der Beihilfeablöseversicherung ergeben könnte. Anzumerken ist jedoch, dass die tatsächlich zu erbringenden Beihilfeleistungen nur schwer zu kalkulieren sind und diesbezüglich eine gewisse Unsicherheit auch aus haushaltsrechtlicher Sicht besteht.

Dennoch ist verwaltungsseitig beabsichtigt, die Beihilfeablöseversicherung (Alternative I) ab dem Jahr 2024 zunächst nicht fortzuführen.

Stattdessen soll nur die reine Dienstleistung an einen externen Anbieter auf Grund der obigen Darstellung vergeben werden (Alternative II), dies zunächst testweise für zwei Jahre, was auch eine erhebliche Vereinfachung des Vergabeverfahrens (anstelle einer europaweiten und ggf. kostenintensiven Ausschreibung durch die Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen) zur Folge hätte.

Finanzielle Auswirkungen:

Aus dem Durchschnitt der Abrechnungsfälle der Jahre von 2018 bis 2022 von jährlich ca. 375 Fällen ist von Nettokosten von jährlich ca. 14.600,00 EUR auszugehen (17.350,00 EUR brutto). Die tatsächlichen Kosten ergeben sich jedoch aus der Anzahl der Abrechnungsfälle.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, die Dienstleistung zur Beihilfesachbearbeitung (Alternative II) an einen externen Dienstleister ab dem Jahr 2024 zunächst für zwei Jahre auszuschreiben. Von der Ausschreibung der Beihilfeablöseversicherung soll abgesehen werden.

Herr Bürgermeister Mumm wird ermächtigt, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/447/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

TOP-Nr.: 11 Auftragserteilung Druck- und Kopiersysteme (Maifeld/423/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 1

Sachverhalt:

Der aktuelle Wartungs- und Leasingvertrag der Druck- und Kopiersysteme läuft am 30.06.2023 aus. Neben der Wartung und Instandhaltung der Geräte beinhaltet der Vertrag auch die Lieferung aller Verbrauchsmaterialien, mit der Ausnahme von Papier. Der neue Vertrag soll erneut über einen Zeitraum von 60 Monaten geschlossen werden und neben der Gerätemiete weiterhin die Lieferung aller Verbrauchsmaterialien beinhalten. Aufgrund der Preisschätzung des Auftragswertes wurde eine nationale öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

Als Alternative zur Anmietung wurde seitens der Verwaltung geprüft, ob ein Kauf der Geräte wirtschaftlicher ist. Durch den Kauf der Geräte würde eine hohe Kapitalbindung entstehen, zudem hat sich bei den vergangenen Ausschreibungen die Anmietung stets als deutlich wirtschaftlicher erwiesen. Beim Kauf der Geräte müsste nach der Nutzungsdauer der Abbau und die Entsorgung durch die Verwaltung erfolgen, dies würde ebenfalls zusätzliche Kosten verursachen. Daher wurde ausschließlich die Anmietung der Geräte ausgeschrieben.

Bisher werden im Rathaus Drucker mit Lasertechnologie verwendet, zukünftig sollen ausschließlich Tintenstrahlgeräte eingesetzt werden. Moderne Tintenstrahlgeräte zeichnen sich durch eine hohe Druckgeschwindigkeit und Druckqualität aus. Im Vergleich zu den Lasergeräten überzeugt zudem ein geringer Wartungsaufwand, ein sehr niedriger Stromverbrauch und eine hohe Kapazität der Verbrauchsmaterialien. Durch den deutlich reduzierten Stromverbrauch können über den Ausschreibungszeitraum im Vergleich zur aktuellen Geräteflotte 43,15 Tonnen CO₂ eingespart werden. Außerdem entstehen bei der Nutzung der Geräte keine Feinstaub- und Ozonemissionen in den Büroräumlichkeiten.

Bei benachbarten Verbandsgemeinde- und Stadtverwaltungen haben sich daher Geräte mit Tintenstrahltechnologie bereits bewährt. Die weiteren Funktionalitäten und Ausstattungsmerkmale der Geräte sind vergleichbar mit den bisherigen Geräten.

Insgesamt sollen 44 Arbeitsplatzdrucker, ein Multifunktionsgerät und 15 Farbkopierer mit unterschiedlichen Spezifikationen angemietet werden. Die Geräte sind für die Verwaltung inklusive Außenstellen und die verbandsgemeindeeigenen Schulen vorgesehen.

An der öffentlichen Ausschreibung haben sich zwei Unternehmen beteiligt. Davon konnte ein Anbieter die geforderten Anforderungen nicht erfüllen und war daher auszuschließen. Bei dem verbliebenen Anbieter handelt es sich um die Firma Blum, Waldesch, die in der Region als leistungsfähiges und zuverlässiges Unternehmen bekannt ist.

Um die Verwaltung bei einer Insolvenz des anbietenden Unternehmens abzusichern, wurde im Rahmen der Ausschreibung eine Patronatserklärung vom Gerätehersteller gefordert.

Der Hersteller muss der Verwaltung zusichern, dass im Falle einer Insolvenz des Anbieters die Ausschreibung zu den gleichen Bedingungen durch den Hersteller fortgeführt wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Für den gesamten Vertragszeitraum von 60 Monaten entstehen Kosten von ca. 313.324,63 EUR. Die genauen Kosten sind abhängig von der Anzahl der gedruckten Seiten und können daher abweichen.

Aufgrund der aktuell hohen Inflationsrate und der Ungewissheit zwecks deren weiteren Entwicklung, entstehen im Vergleich zur ursprünglichen Kostenschätzung in Höhe von 196.000,00 EUR erhebliche Mehrkosten. Die Anbieter haben daher mit deutlich erhöhten Seitenpreise im Vergleich zur letzten Ausschreibung kalkuliert. Bei einer erneuten Ausschreibung wäre daher von keinem geringeren Angebotspreis auszugehen.

Durch den deutlich reduzierten Stromverbrauch können die Mehrkosten aber teilweise ausgeglichen werden. Im Vergleich zur aktuellen Geräteflotte können unter Berücksichtigung der aktuellen Preissituation mit den neuen Geräten über den Gesamtzeitraum des Vertrages Stromkosten in Höhe von rund 53.500,00 EUR eingespart werden. Für das Haushaltsjahr 2023 sind ausreichend Mittel vorhanden. Für die nachfolgenden Haushaltsjahre sind entsprechende Mittel einzuplanen.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt den Auftrag für die Anmietung der Druck- und Kopiersysteme inklusive eines Fullservicewartungsvertrages an die Firma Blum, Waldesch, zu vergeben. Der Bürgermeister wird ermächtigt die entsprechenden Verträge abzuschließen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.					
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/423/2023/1										

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 12 Abschluss eines Caterer-Vertrages für die Kita Lonnig (Maifeld/444/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 3

Sachverhalt:

Um die Versorgung der Kita Lonnig mit warmem Mittagessen nach dem Trägerwechsel zum 01. Januar 2023 sicherzustellen, hat die Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld Kontakt mit der Caritas Mendig aufgenommen. Von dort erhielt die Kita Lonnig vor dem Trägerwechsel ihr Mittagessen. Um die Veränderung für die Kinder und die Eltern so gering wie möglich zu halten, ist es sinnvoll auch unter der neuen Trägerschaft zumindest anfänglich das Essen vom gleichen Caterer zu beziehen. Die Caritas war auch gerne bereit, den Vertrag mit der Verbandsgemeinde Maifeld fortzusetzen. Der entsprechende Vertrag wurde im Dezember 2022 von Herrn Bürgermeister Mumm mit der Caritas Mendig geschlossen.

Der Essenspreis in der Kita Lonnig betrug für die Eltern unter Trägerschaft der Kita gGmbH bisher 3,00 EUR pro Mahlzeit. Allerdings hat es bei der Caritas Mendig, wie auch bei anderen Essensanbietern, eine Preissteigerung gegeben. Das Essen kostet ab 01. Januar 2023 nun 3,85 EUR. Hier ergibt sich das Problem, dass das Essen in der Grundschule, die ebenfalls in Trägerschaft der VG Maifeld steht, aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Verbandsgemeinderates Maifeld für die Eltern nur mit 3,20 EUR berechnet wird. Die Verbandsgemeindeverwaltung schlägt vor, um eine Gleichbehandlung von Schulkindern und Kita-Kindern in VG-Kitas zu erreichen, auch im Bereich der Kitas einen maximalen Essenspreis von 3,20 EUR für die Eltern festzulegen. Dann würden Eltern, die sowohl ein Kind in der Grundschule als auch in der Kita haben, den gleichen Preis in beiden Einrichtungen zahlen.

In einer der nächsten Sitzungen des Verbandsgemeinderates Maifeld wird die Verbandsgemeindeverwaltung eine Auswertung vorlegen, aus der hervorgeht, wie hoch die von der Verbandsgemeinde Maifeld geleisteten Zuschüsse zum Mittagessen im Jahr 2022 waren. Übersteigt der Zuschussbetrag die vom Verbandsgemeinderat festgelegte betragliche Grenze, wird erneut über die Festlegung des Essenspreises für die Eltern zu beraten sein. Bis dahin wird weiterhin der Betrag von 3,20 EUR pro Mahlzeit vereinnahmt.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gremium stimmt rückwirkend dem Abschluss eines Caterer-Vertrages mit der Caritas Mendig zur Versorgung der Kita Lonnig mit warmem Mittagessen ab 01. Januar 2023 zu.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/44 4/2023/1										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Beschlussvorschlag 2:

Das Gremium beschließt, die für Grundschulen in Trägerschaft der Verbandsgemeinde Maifeld geltende Deckelung des Essenspreises auf 3,20 EUR pro Mahlzeit auf die in Trägerschaft der Verbandsgemeinde Maifeld stehenden Kitas zu erweitern. Eine Auswertung des Zuschussbedarfes und damit einhergehend ggf. eine Anpassung des Essenspreises wird in der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates erfolgen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/44 4/2023/1										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 13 Anmietung von Räumen der ehemaligen Kreissparkasse am Dorfplatz in Rüber (Maifeld/451/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Nachdem die Kreissparkasse Mayen (KSK) die Räumlichkeiten am Feuerwehrgerätehaus aufgegeben hat, wurden die leerstehenden Räume zuletzt durch die Freiwillige Feuerwehr Rüber genutzt.

Nunmehr ist eine Privatfirma mit der Bitte um Anmietung der Räumlichkeiten an die Ortsgemeinde Rüber herangetreten. Da die Räumlichkeiten aber auch weiterhin von der Feuerwehr benötigt werden, der Ortsgemeinde Rüber aber bei einer weiterhin kostenfreien Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten ein finanzieller Verlust entsteht, wurden die Räumlichkeiten der Verbandsgemeinde Maifeld, zu den gleichen Konditionen, zur Anmietung angeboten.

Grundsätzlich ist die Verbandsgemeinde Maifeld an der Anmietung der Räumlichkeiten interessiert, da die Räumlichkeiten für die Umkleide- und Sanitärnutzung der weiblichen Feuerwehrkameradinnen dringend benötigt werden.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Anmietung der ehemaligen „KSK-Räumlichkeiten“ in der Ortsgemeinde Rüber. Die Räumlichkeiten werden ausschließlich zur Nutzung durch die Feuerwehr angemietet.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den entsprechenden Mietvertrag mit der Ortsgemeinde Rüber abzuschließen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/451/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 14 Neufassung der Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel für die Abwasserbeseitigung der Kaspersmühle und dem Engelshof (Maifeld/403/2022/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

Mit Datum vom 10.01.2002/07.02.2002 wurde zwischen der damaligen Verbandsgemeinde Untermosel und der Verbandsgemeinde Maifeld ein „Vertrag zur Übernahme von im Gebiet der Verbandsgemeinde Untermosel anfallendem häuslichen Schmutzwasser durch den Eigenbetrieb Abwasserwerk Maifeld“ geschlossen. Die Verbandsgemeinde Rhein-Mosel ist Rechtsnachfolgerin der Verbandsgemeinde Untermosel.

Im Rahmen des § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) wurde eine Anpassung der bestehenden Vereinbarungen empfohlen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der rechtlichen Einordnung des Vertrages aufgekommen. Weiterhin haben sich die Abrechnungsmodalitäten geändert. Daher wird der Abschluss der angefügten Neufassung der Vereinbarung vorgeschlagen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Abwasserbeseitigung der Außenbereichsgrundstücke werden Gebühren und Beiträge erhoben.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Neufassung der Zweckvereinbarung mit der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel über die Übernahme der Abwasserbeseitigung der Kaspersmühle und dem Engelshof durch das Abwasserwerk Maifeld.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/403/2022/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 15 Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die Stromnetzgesellschaft Maifeld (Maifeld/445/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Maifeld GmbH & Co. KG (Netzgesellschaft) ist mit der Bitte um Ausweitung des bestehenden Gesellschafterdarlehens an die Verbandsgemeinde Maifeld herangetreten.

Mit Beschluss des Verbandsgemeinderates vom 10.12.2020 wurde der Netzgesellschaft bereits ein Gesellschafterdarlehen von Seiten der Verbandsgemeinde Maifeld in Höhe von bis zu einer Million Euro mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2025 gewährt.

Die Refinanzierung des von der Verbandsgemeinde Maifeld gewährten Gesellschafterdarlehens erfolgte bisher durch die geflossene Gewinnausschüttung der Stromnetzgesellschaft.

Da die Gewinnausschüttung aus steuerrechtlichen Gründen nicht im Verbandsgemeindehaushalt verbucht werden darf, sondern in dem Betrieb gewerblicher Art als „Beteiligung Stromnetzgesellschaft“ als Rückstellung geführt wird, besteht die Möglichkeit der Refinanzierung über die Bereitstellung dieser Mittel. Hier stehen Haushaltsmittel von rund einer Million Euro zur Verfügung.

Auf Grund der notwendigen Investitionsmaßnahmen der Netzgesellschaft Maifeld GmbH & Co KG, hier ist zum Beispiel die Verlegung eines neuen leistungsstärkeren Netzkabels von Polch zum Umspannwerk nach Münstermaifeld notwendig, um die bestehenden und noch zu errichtenden PV-Anlagen an das öffentliche Netz anbinden zu können, ergibt sich ein zusätzlicher Finanzbedarf für die Netzgesellschaft, der nur im Rahmen eines Investitionsdarlehens gedeckt werden kann. Auf Grund der regulatorischen Optimierung wird in der Laufzeit bis zum 31.12.2025 ein ergänzender Darlehensrahmen von fünf Millionen Euro benötigt. Zur Abdeckung dieses Finanzfehlbetrages ist die Netzgesellschaft mit der Bitte um Ausweitung des bestehenden Gesellschafterdarlehens an die Verbandsgemeinde Maifeld herangetreten.

Da die Finanzierung des zusätzlichen Finanzbedarfs nicht mehr aus der Rücklage des Betriebes gewerblicher Art „Beteiligung Stromnetzgesellschaft“ möglich ist, wäre eine Refinanzierung bei der Verbandsgemeinde Maifeld nur über die Inanspruchnahme eines Investitionsdarlehens bei einem Kreditinstitut möglich. Dennoch ergeben sich durch die o. g. Vorgehensweise finanzielle Vorteile, da die Kreditkonditionen für die Kommunen deutlich günstiger sind als die Konditionen für eine GmbH & Co KG.

Auf Grund dessen, dass die Abwicklung des möglichen Gesellschafterdarlehens über den Haushalt der Verbandsgemeinde Maifeld zu erfolgen hat, wurde die Kommunalaufsicht hinsichtlich der geplanten Vorgehensweise um Stellungnahme gebeten. Von Seiten der Kommunalaufsicht wurden keine Bedenken/Einwendungen erhoben.

Im Rahmen der Abstimmungsgespräche mit den Geschäftsführern der Stromnetzgesellschaft wurde vereinbart, dass bei einer Zustimmung durch den Verbandsgemeinderat das Gesellschafterdarlehen zu den nachfolgend aufgelisteten Konditionen erfolgen soll:

- Darlehensrahmensumme: max. 5 Mio. EUR
- Darlehenslaufzeit: 01.04.2023 bis 31.12.2025
- Inanspruchnahme von Teilsummen möglich
- Zinskonditionen: jeweils 0,1 Prozent über dem Refinanzierungszinssatz

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Darlehenshöhe an dem tatsächlichen Bedarf der Netzgesellschaft orientiert. Auf keinen Fall wird der Darlehensrahmen von fünf Millionen Euro überschritten. Die Zinsberechnung erfolgt zum Jahresende und orientiert sich an dem tatsächlich aufgenommenen Darlehensbetrag.

Die Tilgung des Darlehens erfolgt in voller Höhe spätestens zum 31.12.2025.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Refinanzierung des Gesellschafterdarlehens ist über den Haushalt der Verbandsgemeinde Maifeld abzuwickeln.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt dem Abschluss des geplanten Gesellschafterdarlehens zuzustimmen.

Der Bürgermeister soll zum Abschluss des Darlehensvertrages mit der Netzgesellschaft Maifeld GmbH & Co KG, zu den o. g. Konditionen, bevollmächtigt werden.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.					
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/44 5/2023/1										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 16 Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen der Verbandsgemeinde Maifeld
(Maifeld/439/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 1

Sachverhalt:

Die FDP-Fraktion teilte mit, dass Daniel Eberz-Eder sein Mandat im Bau- und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde Maifeld niederlegen möchte. Die schriftliche Mitteilung des Mandatsverzichts des Ausschussmitgliedes erfolgte mit Schreiben vom 10.02.2023, eingegangen am 28.02.2023.

Herr Uwe Mayer ist als Wehrführer des Löschzuges Ochtendung ausgeschieden und verzichtet damit, mit E-Mail vom 03.03.2023 auf seinen Sitz im Feuerwehrausschuss. Als Vertreter des Ausschussmitgliedes Herrn Wehrleiter Martin Wolff wird Herr Uwe Mayer weiterhin zur Verfügung stehen.

Zudem teilte Herr Alexander Brandt, bislang Vertreter von Herrn Uwe Mayer, mit E-Mail vom 02.03.2023 mit, dass er auf sein Mandat im Feuerwehrausschuss verzichten möchte.

Ein schriftlicher Mandatsverzicht mit eigenhändiger Unterzeichnung nach § 30 Abs. 3 i.V.m. § 46 Abs. 5 der Gemeindeordnung wird nachgereicht.

Bau- und Umweltausschuss:

Mitglieder		Stellvertreter
11. <u>Eberz-Eder, Daniel</u>	FDP	<u>Laubenthal, Tim</u>
		Ulmer, Roman

Das Vorschlagsrecht liegt auf Seiten der Fraktion FDP.

Feuerwehrausschuss:

Mitglieder	Stellvertreter
14. <u>Mayer, Uwe</u>	<u>Brandt, Alexander (Ochtendung)</u>
Mitgl. Stützpunktwehr Ochtendung	<u>Nolden, Dirk (Welling)</u>

Nach § 36 Abs. 3 Nr. 1 GemO ruht das Stimmrecht des Vorsitzenden bei Wahlen.

Beschlussvorschlag 1:

Gemäß § 40 Abs. 5 S. 1 2. Halbsatz GemO beschließt das Gremium, die Wahlen in offener Abstimmung durchzuführen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/439/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		
Bürgermeister Maximilian Mumm									§ 36 Abs. 3 Nr. 1		

Beschlussvorschlag 2:

Es wurden ergänzend folgende Mitglieder und Stellvertreter in den Bau- und Umweltausschuss gewählt:

Mitglieder

11. Brozek, Michael

FDP

Stellvertreter

Laubenthal, Tim

Ulmer, Roman

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/439/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		
Bürgermeister Maximilian Mumm									§ 36 Abs. 3 Nr. 1		

Beschlussvorschlag 3:

Es werden folgende Mitglieder und Stellvertreter in den Feuerwehrausschuss gewählt:

Mitglieder

14. Mayer, Andreas

Mitgl. Stützpunktwehr Ochtendung

Stellvertreter

Drexler, Dirk (Ochtendung)

Nolden, Dirk (Welling)

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/43 9/2023/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			
Bürgermeister Maximilian Mumm								§ 36 Abs. 3 Nr. 1			

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 17 Ergänzungswahlen für den Seniorenbeirat der Verbandsgemeinde Maifeld
(Maifeld/392/2022/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 1

Sachverhalt:

Herr Dieter Müller, Münstermaifeld, ist bedauerlicher Weise verstorben. Aufgrund dessen ist eine Ergänzungswahl für den Seniorenbeirat der Verbandsgemeinde Maifeld erforderlich.

Zudem hat Herr Jürgen Stange, mit Schreiben vom 12.03.2023, eingegangen per Fax am 14.03.23 erklärt, das Mandat im Seniorenbeirat niederzulegen.

Seniorenbeirat:

Mitglieder:

<u>1. Lehnigk-Emden, Jürgen</u>	SPD	<u>Ochtendung</u>
<u>2. Kürschner, Dieter</u>	SPD	<u>Polch</u>
<u>3. Hesse, Monika</u>	SPD	<u>Polch</u>
<u>4. Moskopp, Anita</u>	CDU	<u>Mertloch</u>
<u>5. Fürst, Helga</u>	CDU	<u>Rüber</u>
<u>6. Reiter, Anton</u>	CDU	<u>Polch</u>
<u>7. Müller, Dieter</u>	CDU	<u>Münstermaifeld</u>
<u>8. Eberz, Karl-Heinz</u>	FDP	<u>Kollig</u>
<u>9. Engel, Rupertina</u>	Grüne	<u>Lonnig</u>

10. Hilgert, Rainer	Grüne	Münstermaifeld
11. Stange, Jürgen	Ich tu's	Ochtendung
12. Zimmermann, Christel	FWG	Polch

Entsprechende Ergänzungswahlen sind durch den Verbandsgemeinderat Maifeld vorzunehmen. Das Vorschlagsrecht liegt auf Seiten der CDU-Fraktion bzw. der Fraktion „Ich tu's“.

Nach § 36 Abs. 3 Nr. 1 Gemeindeordnung (GemO) ruht das Stimmrecht des Vorsitzenden bei Wahlen.

Beschlussvorschlag 1:

Gemäß § 40 Abs. 5 S. 1 2. Halbsatz GemO beschließt das Gremium, die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/39 2/2022/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			
Bürgermeister Maximilian Mumm								§ 36 Abs. 3 Nr. 1			

Beschlussvorschlag 2:

Das Gremium beschließt, folgendes Mitglied in den Seniorenbeirat als Nachfolger von Dieter Müller zu wählen:

Mitglied	Wohnort
7.	CDU

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/392/2022/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		
Bürgermeister Maximilian Mumm									§ 36 Abs. 3 Nr. 1		

Beschlussvorschlag 3:

Das Gremium beschließt, folgendes Mitglied in den Seniorenbeirat als Nachfolger von Jürgen Stange zu wählen:

Mitglied

Wohnort

11. _____ Ich tu's _____

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/392/2022/1									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		
Bürgermeister Maximilian Mumm									§ 36 Abs. 3 Nr. 1		

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 18 Offenlage der Nebentätigkeiten des hauptamtlichen Bürgermeisters
(Maifeld/442/2023/1)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 1

Sachverhalt:

Gemäß der seit dem 24.11.2020 geltenden Regelung des § 119 Abs. 3 Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz (LBG) haben die hauptamtlichen Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamten auf Zeit, jährlich die von ihnen ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter nach Art und Umfang sowie die Höhe der daraus erzielten Vergütungen im vergangenen Kalenderjahr in öffentlicher Sitzung offen zu legen. Das gilt bei außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämtern nur dann, wenn ein Bezug zum Hauptamt besteht.

Die von Herrn Bürgermeister Mumm ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter gemäß § 119 Abs. 3 LBG sind der Anlage zu entnehmen. Die Veröffentlichung auf der Homepage der Verbandsgemeinde Maifeld erfolgt zeitnah.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Verbandsgemeinde rat Maifeld	16.03.2023	Maifeld/442/2023/1									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Verbandsgemeinderat Maifeld

TOP-Nr.: 19 Mitteilungen und Beantwortung von evtl. schriftlichen Anfragen
(Maifeld/449/2023)

öffentlicher Teil

Folgende Mitteilungen wurden gegeben:

- Statistik Vergabestellen